Das lateinamerikanische „Patria Grande"[1] vergisst immer wieder die drei Guayanas, kleine Territorien, die im Norden des südamerikanischen Subkontinents liegen. Ihre Kolonisierung verlief auf unterschiedlichen Wegen, aber zwei von ihnen – Surinam und die Republik Guyana – haben nach ihrer Unabhängigkeit die Beziehungen zum Kontinent stark geprägt und können nicht mehr beiseitegelassen werden. Übrig bleibt das 83.846 Quadratkilometer große Gebiet, das offiziell ein französisches Übersee-Département ist, in der Praxis aber immer noch eine Kolonie darstellt. Ein Interview mit dem guayanischen Unabhängigkeitskämpfer Maurice Pinard. Von **David Roca Basadre**.

Das sogenannte Französisch-Guayana ist in hohem Maße von Frankreich abhängig, das ihm jeglichen Handel oder direkte Beziehungen zu den Ländern der Region verwehrt und das tief im Amazonasgebiet gelegene südamerikanische Gebiet, das es kontrolliert, mit Produkten aus der Metropole und unzureichenden Subventionen für seine fast 300.000 Einwohner versorgt. Nach Angaben des INSEE (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien) – einer offiziellen französischen Einrichtung – lebt ein Viertel der Menschen, die in Guyana wohnen, in großer Armut mit weniger als 340 Euro pro Monat.

Aber Frankreich hält an Guyana, wie auch an anderen Territorien in der Karibik und im Pazifik, aus Gründen fest, die das französische Heeresministerium selbst ausdrücklich benennt: „Guyana stellt nicht nur für Frankreich, sondern auch für Europa eine strategische Frage dar. Die Sicherheit des Seehandels und der freie Zugang zum Panamakanal sind entscheidende Themen für Frankreich, das von Guadeloupe, Martinique und Französisch-Polynesien aus Kontrollmaßnahmen durchführt."

Bei den jüngsten Wahlen haben die Guyaner ihre Meinung dazu zum Ausdruck gebracht und haben Jean-Victor Castor, einen Vertreter der Bewegung für Dekolonisierung und soziale Emanzipation (Mouvement de décolonisation et d'émancipation sociale, MDES), einer eindeutig für die Unabhängigkeit eintretenden Partei, und Davy Rimane von der Partei La France insoumise, die in Guyana ein enger Verbündeter der Unabhängigkeitsbewegung ist, zu Abgeordneten gewählt.

Maurice Pindard ist Pädagoge und einer der Gründer der MDES. Wir hatten eine erste Verabredung, die von einem Stromausfall verhindert wurde, von dem das halbe Land betroffen war. Das war nichts Neues. Als die Verbindung endlich hergestellt war, erzählte uns Pindard mit resigniertem Humor: „Gestern sagte meine Frau nach dem Stromausfall zu mir: ‚Wir leben in der Dritten Welt, nicht in Frankreich!' Sie fragen mich, warum so etwas passiert? Manchmal ist ein Leguan in das Kraftwerk eingedrungen, ein anderes Mal eine Schlange… Es geschieht häufig, dass es keinen Strom gibt, wenn es regnet."

Diese Anekdote soll als Einführung in eine Situation der kolonialen Zurücksetzung dienen, die die andere, notwendige Seite der Medaille einer rein geopolitischen Strategie Frankreichs darstellt.

Erst vor Kurzem, am 7. und 8. August, fand in Belem do Para, Brasilien, ein Treffen der Staatschefs der Amazonasländer statt, zu dem Präsident Lula Herrn Macron als französischen Präsidenten eingeladen hatte. Herr Macron nahm nicht teil, er schickte einen Brief und als Abgesandte die Botschafterin Frankreichs in Brasilien, bezogen auf die Staatschefs eine Person zweiten Ranges, und er informierte nicht einmal die offiziellen französischen Behörden in Guyana. Warum handelt Macron so?

Das überrascht uns nicht, weil die Beziehungen zwischen Guyana und den französischen Behörden von absolut kolonialer Natur sind. Der französische Staat wendet seine Gesetze in Guyana an, ohne dafür auch nur um eine Genehmigung zu bitten. Sie haben die Kolonie in ein „französisches Departement" umgewandelt, wir sind vollständig ihren Gesetzen und Entscheidungen unterworfen. Dies sind Beziehungen der Diskriminierung, der Verachtung, der vollendeten Tatsachen, das ist immer so.

Und auf der Ebene internationaler Beziehungen ist dies Frankreichs ausschließliches Vorrecht, und sie rechtfertigen sich nicht einmal, selbst wenn es uns betrifft. Und wenn wir jemals dazu gekommen sind, uns in bestimmte Diskussionen einzumischen, weil unsere Anwesenheit unabdingbar ist, etwa in Angelegenheiten mit angrenzenden Ländern wie Brasilien oder Surinam, dann wird uns ganz klar gesagt, dass es Frankreich ist, das das Wort hat. Es gab bereits einen Fall, in dem ein Präsident des Regionalrats zu einem Treffen nach Surinam fuhr und der französische Botschafter ihm sagte, er solle hinter ihm bleiben. Und es war der Botschafter, der die ganze Zeit redete. Zwischen den Behörden Guyanas und der französischen Regierung besteht ein Verhältnis der totalen Unterordnung. Das ist ein erster Punkt.

Ein zweiter Punkt von unserer Seite ist, dass wir der Meinung sind, dass Brasilien die diplomatische Frage auf dem Treffen der Amazonasländer gut angesprochen hat, da Frankreich als Beobachter und nicht als Amazonasland eingeladen war. Aber wir haben auch die Missachtung der französischen Regierung festgestellt, die sich nicht dazu herabgelassen hat, an dem Treffen teilzunehmen und nur ihre Botschafterin geschickt hat. Und sie haben die Guyaner über nichts informiert, ganz so, wie sie es gewohnt sind. Es ist die übliche koloniale Praxis Frankreichs, zu zeigen, dass sie es sind, die ihre Kolonie regieren, und klar ist, dass wir eine Kolonie sind.

Welches Interesse hat Frankreich daran, in Guyana zu bleiben?

Es ist ein rein strategisches geopolitisches Interesse. Sobald Frankreich einen Fuß in Amerika hat , kann es auf unserem Kontinent agieren. Früher gab es Direktflüge von Cayenne nach Rio de Janeiro, nach Lima, nach Buenos Aires und so weiter. Es gab auch eine Zeit lang, vor dem Internet, eine Antenne, die von Guyana nach ganz Lateinamerika sendete.

Es gibt auch ein finanzielles und politisches Interesse: Der Weltraumbahnhof Kourou liegt mitten in der Äquatorialzone, durch die der Treibstoff für seinen Betrieb fließt. All dies ermöglicht es Frankreich, sich sowohl als eine Weltraum- als auch eine Seemacht zu präsentieren.



Maurice Pinard, Pädagoge und Unabhängigkeitskämpfer – Quelle: ctxt.es

Was bedeutet Guyana geopolitisch für Frankreich? Laut Dr. Marie-Claire Newton wird „Französisch-Guayana als Basis für alle internationalen Operationen zur Destabilisierung legitimer Regierungen genutzt (...) Die neokoloniale Verwaltungspartnerschaft zwischen Frankreich und den USA (...) schwächt die Protestbewegungen in Lateinamerika."

Ganz genau. Heute, im Jahr 2023, müssen wir die Dinge umfassender betrachten: Wo Frankreich ist, ist Europa. Kourou ist ein NATO-Stützpunkt. Mitten im Amazonasgebiet stellt er eine Bedrohung dar, auch wegen der Gier, die der Amazonasregenwald bei den großen Mächten weckt.

Guyana ist eine vorgeschobene Operationsbasis der NATO. Hinzu kommt, dass in der Region nicht nur Frankreich präsent ist, sondern auch die Niederlande, die in ihren Kolonialgebieten unter anderem in Curaçao, Bonaire und Aruba mehrere Militärstützpunkte unterhalten. Alle diese Gebiete stehen im Dienst der Politik der NATO, das heißt, der USA, in Lateinamerika. Aber in Guyana gibt es die höchste Anzahl an kolonialen Militärs pro Kopf der Bevölkerung.

Wir sind eine europäische Kolonie. Die Gesetze, die uns regieren, sind europäisch, sie sind für Europa konzipiert, nicht für unsere Realität, wie es in den Nachbarländern Brasilien, Kolumbien usw. und in allen Ländern unseres Kontinents der Fall ist. Wir haben abwegige europäische Gesetze, die uns zum Beispiel daran hindern, so zu bauen, wie es unserem Territorium entspricht.

Welche Politik verfolgt Frankreich gegenüber dem Amazonasgebiet? Ist es nur ein Gebiet, das ausgeplündert werden soll?

Wir haben Partner von MDES, die an den Amazonas-Foren teilnehmen. Wir waren bei mehreren pan-amazonischen Veranstaltungen, in Tarapoto, in Kolumbien, usw. Frankreich kann zwar davon sprechen, dass der Amazonasregenwald geschützt werden muss, aber das ist nur Gerede. Die Realität ist, dass es in Guyana etwa 150 illegale Minen gibt, hauptsächlich von Garimpeiros aus Brasilien, die in einem Nationalpark schürfen, in dem wir nicht einmal spazieren gehen dürfen, weil er angeblich ein Schutzgebiet ist. Zehn Tonnen Gold kommen jedes Jahr von dort… Die Presse hat auch über den Einsatz von Quecksilber berichtet, das diese Orte vergiftet. Die ökologische Pflege ist kein Anliegen Frankreichs. Es kommen zwar vereinzelt Umweltschützer, aber nicht im Auftrag des französischen Staates, der die Verwendung von Quecksilber in den zahlreichen illegalen Schürfstellen zulässt. Diese Situation des allgemeinen Chaos ist notwendig, um die Abhängigkeit aufrechtzuerhalten.

Gibt es weitere Beispiele für aufgezwungene Projekte?

Ein Beispiel für Ignoranz oder, was das Gleiche ist, mangelndes Verständnis der guyanischen Realität, ist das Hybridkraftwerk in Prospérité, das aus einem riesigen Park mit Photovoltaik-Paneelen und einem riesigen Wasserstoffspeicher bestehen soll, was angesichts der vielen Menschen, die davon profitieren würden, eine großartige Idee sein könnte. Doch nun wurde beschlossen, die Anlage auf dem Land der indigenen Kali'na zu bauen, die nicht befragt wurden und fordern, dass ihr Land nicht angetastet wird. Dies hat zu großen Spannungen geführt.

Andererseits hat Frankreich die Förderung von Erdöl und Erdgas auf seinem gesamten Staatsgebiet ab 2040 verboten. Man kann der Erdölförderung zustimmen oder sie ablehnen, aber es bleibt eine aufgezwungene Sache.

Wie sind die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Guyanas mit Frankreich und anderen Ländern?

Die Politik Frankreichs gegenüber Guyana ist eine typische Kolonialpolitik: Unser Land soll sich nicht entwickeln. Die Produkte des Landes verlassen das Land nicht, die Abhängigkeit von Frankreich besteht in allem. Frankreich kümmert sich weder um die Produktion noch um den Schutz der Ressourcen unseres Territoriums. Vorhin haben wir über legales und illegales Gold gesprochen, das die Umwelt zerstört. Aber es gibt auch eine enorme Plünderung der Fischbestände. Frankreich schützt nicht das Amazonasgebiet, aber auch nicht das Meer, und es kommen viele Piratenschiffe herein, um zu fischen, ohne dass jemand sie daran hindert.

Welches Verhältnis haben Sie, die Befürworter der Unabhängigkeit, zur indigenen Bevölkerung?

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es nur ein einziges guyanisches Volk gibt, das vielfältig ist und natürlich die ursprüngliche indigene Bevölkerung umfasst. Es gibt keine Unterscheidung, wir sind alle Guyaner. Außerdem haben wir eine entschiedene Position: Wir erkennen eindeutig die Rechte der indigenen Völker an, wie sie in internationalen Übereinkommen wie der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation über indigene Völker – die Frankreich sich zu unterzeichnen geweigert hat – sowie in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker festgelegt sind.

Was die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen in Guyana konkret betrifft, so muss man sagen, dass die Franzosen seit ihrer Ankunft in Guyana ein System der Sklaverei

durchgesetzt haben, das Schwarze und Indigene einschloss. Dies bewirkte eine große Solidarität zwischen der Afro- und der indigenen Bevölkerung, auch eine Vermischung zwischen den beiden Gemeinschaften, sodass es eine indigene Bevölkerung gibt, die Kreolisch spricht, die Sprache, die mit der Kolonisierung aus dem Volk hervorgegangen ist.

Man muss sagen, dass die Franzosen vermittels ihrer Ethnologen und Anthropologen die Spaltung der Bevölkerung einführen, indem sie ethnische Aspekte betonen und die Möglichkeit Guyanas zur Souveränität als ein einziges Volk ausschließen. Es besteht ein Interesse daran, uns zu spalten.

Obwohl gesagt wird, dass Guyana Frankreich ist, sehen wir, dass der Lebensstandard dem eines jeden Entwicklungslandes oder eines Landes entspricht, dass als Dritte Welt bezeichnet wurde.

Von den eigenen Zahlen des französischen Staates ausgehend, lebt die Mehrheit der Bevölkerung Guyanas unterhalb der Armutsgrenze. Was gibt es da noch mehr zu sagen! Es existiert ein Trugbild in Bezug auf soziale Dienstleistungen, das die Realität in den Bereichen Gesundheit oder Bildung für die ärmste Bevölkerung mit kleinen Subventionen verschleiert. Außerdem ist der europäische Einfluss im täglichen Leben sehr stark zu spüren, vor allem durch die Konsumgewohnheiten, was die Menschen am meisten betrifft. Es gibt auch Probleme wegen Drogenkonsums, da die Kontrollen sehr schwach sind und Guyana zu einer Transitzone für Kokain nach Europa geworden ist.

2017 gab es in Guyana eine massive Mobilisierung, bei der besonders soziale Dienstleistungen gefordert wurden. Der französische Staat versprach, drei Milliarden zu investieren, lieferte aber nur ein Drittel davon.

So sind die kolonialen Beziehungen. Selbst wenn eine Vereinbarung im Rahmen einer sehr großen Mobilisierung und eines Streiks, der einen Monat lang dauerte (amerika21 berichtete), unterzeichnet wurde. Es handelte sich um einen Verpflichtung, die Macron zu respektieren versprach und von der er sagte, er würde sogar über das Vereinbarte hinausgehen. Dann erfüllten sie einen Teil, weigerten sich aber, den Rest des Abkommens einzuhalten. Es waren grundlegende Dinge, die gefordert wurden: die Krankenhäuser verbessern, Geld für die Schulen. Doch als Macron nach seiner Wiederwahl nach Guyana kam und die Bevölkerung die Einhaltung seiner Zusagen verlangte, sagte er einen Satz, der bei niemandem gut ankam: „Glaubt nicht an die Versprechen des Weihnachtsmanns."

Wie beurteilen Sie die Beziehungen zwischen Ihrem Land und den übrigen Ländern

Südamerikas?

Was ich sagen kann, ist, dass wir uns in Guyana in einem wichtigen Moment unseres Kampfes befinden. Ein wichtiges Detail, das man berücksichtigen muss, ist, dass unser Land zwei Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung hat, einer davon ist unser Genosse von der MDES, Jean-Victor Castor, was uns einen besseren Zugang zu internationalen Gremien ermöglicht. Unser Genosse wurde im kubanischen Parlament empfangen, er reiste nach Brasilien, wo er von anderen Parlamentariern begrüßt wurde. So öffnen sich Türen. Der zweite guayanische Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung ist ein Verbündeter von La France Insoumise, Davy Rimane, ein großer Kämpfer. Er war derjenige, der nach jenem Streik im Jahr 2017 die Vereinbarungen von Guyana zusammen mit dem Präfekten unterzeichnete. Beide Abgeordneten arbeiten gemeinsam und koordiniert für die Interessen Guyanas. Wir sind aktiv auf der Suche nach den besten Kontakten mit den Nachbarländern, sowohl mit den politischen Parteien als auch mit den Parlamenten. So reisten unsere Abgeordneten zum Beispiel auch in die Republik Guyana, unser Nachbarland, und wurden dort vom Premierminister und vom Präsidenten selbst empfangen.

Haben Sie auch mit dem kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro gesprochen? Oder mit anderen Präsidenten des Kontinents?

Mit Präsident Petro hatten wir noch keinen direkten Kontakt, auch nicht mit der chilenischen Regierung, aber sehr wohl mit Mitgliedern des Kabinetts von Präsident Lula in Brasilien.

Wir sind aktiv, um diese Beziehungen zu eröffnen oder fortzusetzen. Es gibt drei Personen aus dem internationalen Bereich der MDES, die zu diesen Treffen in Länder der Karibik und Lateinamerikas reisen und die Aufgabe haben, die koloniale Situation Guyanas und die Gefahr zu erklären, die diese für die Integrität aller darstellt. Denn wenn wir von Patria Grande sprechen, gibt es einen Teil – nämlich unser Land – der dabei für gewöhnlich nicht in Betracht gezogen wird. Wir mobilisieren uns für alle großen Anliegen unseres Kontinents und leisten unseren Beitrag, und wir hoffen, dass auch die Unabhängigkeit unseres Guyana als eines der großen Anliegen einbezogen wird.

Wie gestalten sich die Beziehungen der MDES zu den Behörden der Hauptstadt Guyanas? Gibt es Repression?

Wir haben keine Beziehung zum Präfekten oder zu den Kolonialbehörden. Aber wir sind eine rechtmäßig konstituierte Vereinigung. Jedes Mal, wenn es eine Mobilisierung gibt, suchen

die Behörden nach den Verantwortlichen, und sie entscheiden immer, dass wir, die Unabhängigkeitsbefürworter, dafür verantwortlich sind, und es gibt Repression. Wir haben Genossen, die im Gefängnis sitzen oder nach Martinique oder in andere Regionen deportiert wurden. Unsere Genossen, die zu Abgeordneten gewählt wurden, haben solche Situationen ebenfalls durchgemacht.

Ich muss hinzufügen, dass wir in diesem Kampf für die Unabhängigkeit solidarisch mit den anderen noch kolonisierten Völkern sind, wie in den karibischen Inseln, sei es Martinique oder Dominica, oder die Völker Polynesiens, mit denen wir in Kontakt stehen.

Möchten Sie abschließend noch etwas hinzufügen?

Ich nutze diese Gelegenheit, um mich an die Brüder und Schwestern der südamerikanischen Völker zu wenden und an die Solidarität unserer spanischen fortschrittlichen Brüder und Schwestern zu appellieren: Wir müssen uns bewusst sein, dass die Unabhängigkeit unseres Landes für alle sehr wichtig ist, da es sich – wie wir bereits gesagt haben – um eine vorgeschobene Enklave der NATO auf dem südamerikanischen Subkontinent handelt. Wir bringen unseren Willen zum Ausdruck, mit den Regierungen des Subkontinents und den fortschrittlichen Bewegungen der Welt einen Dialog über die Situation unseres Landes zu führen, das in einer Situation der Abhängigkeit festgehalten wird, ohne die Möglichkeit, sich zu entwickeln, um seine Unabhängigkeit zu erschweren, damit es weiterhin eine Kolonie bleiben kann. Und dass sie uns in unseren Bemühungen begleiten mögen, unser Land in die Liste des Sonderausschusses für Entkolonialisierung der Vereinten Nationen aufzunehmen.

Das Interview erschien zuerst in der spanischen Zeitung CTXT / Revista Contexto, contexto político, económico y cultural – Übersetzung: Klaus E. Lehmann, Amerika21.

Titelbild: Shutterstock / hyotographics

Mehr zum Thema:

Vom Hinterhof zum Vorgarten – 200 Jahre Monroe-Doktrin

US-Militärbasen in Lateinamerika: Washingtons Hauptinteresse liegt in den Bodenschätzen und Süßwasserressourcen

Stimmen aus Lateinamerika: Das Wiederaufleben der blockfreien „Dritten Welt"

Europäische Interventionen in Lateinamerika im Schatten des US-Bürgerkriegs

---

[«1] Patria Grande ist ein Integrationskonzept, das zunächst Südamerika umfasste, später Lateinamerika und die Karibik. Seinen Ursprung hat es im Befreiungskrieg gegen die spanischen Kolonialisten und deren Vorhaben, den Subkontinent in kleine Einzelstaaten zu zerteilen. Es wurde im 19. Jahrhundert von Simón Bolívar und José de San Martín und später unter anderem von Kubas Revolutionsführer Fidel Castro und Venezuelas Präsident Hugo Chávez vertreten. Die Integration Lateinamerikas ist heute Teil der Programmatik der fortschrittlichen und linken Bewegung der Region